

Fatale Fehler und Lücken im Regelwerk

Politisches Quintett



Von Rezzo Schlauch

Haft Nach dem schrecklichen Mord an einer jungen Studentin in Freiburg durch einen jungen unbegleiteten Flüchtling aus Afghanistan und dem abscheulichen und widerwärtigen Terroranschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin durch einen ausreisepflichtigen und als sogenannten Gefährder bekannten und teilweise unter Polizeibeobachtung stehenden Tunesier haben bereits heftige öffentliche Diskussionen begonnen. Es geht vor allem darum, inwieweit Polizei und Sicherheitsbehörden versagt haben und die gesetzlichen Vorschriften für die Sicherheitslage, die seit den Anschlägen von Paris und Brüssel durch eine erhöhte Terrorgefahr gekennzeichnet ist, noch ausreichen.

Reaktionen In diesem Kontext gibt es zwei Grundmuster von Reaktionen: Die konservative Seite ruft reflexhaft nach Verschärfung der bestehenden Gesetze nach der Melodie: Noch mehr Befugnisse an die Polizei, noch mehr Gründe damit bestimmte Personengruppen wie etwa die Gefährder in Haft genommen werden können, noch mehr Videoüberwachung und so weiter. Die andere, die linke, linkssozialdemokratische und die grüne Seite, wehrt gegen reflexhaft in der Pose der Bewahrer des Rechtsstaats die möglichen Gesetzesverschärfungen ab und macht Defizite im Vollzug der bestehenden Gesetze und Fehler im Fahndungsapparat verantwortlich. Und dies zur Weihnachtszeit zudem noch süßlich mit Appellen zur Wahrung von Mitmenschlichkeit und Ähnlichem überzogen. Um es ganz



Nach dem Anschlag von Berlin zeigt die Polizei vielerorts mehr Präsenz. Foto: dpa

klar zu sagen: Gegenüber Terroristen, denen jede Mitmenschlichkeit fremd ist, und deren Ziel es ist, mit der wahllosen Tötung einer möglichst hohen Anzahl von Menschen Angst und Schrecken zu verbreiten, kann es keine wie auch immer begründete Toleranz geben. Ebenso wenig gegenüber Einzel- oder Gruppentätern, die schlimmste Gewalttaten begehen wie etwa jüngst in Freiburg oder in Berlin durch eine Gruppe junger Flüchtlinge, die einen Obdachlosen in seiner winterlichen „Platte“ angezündet haben. Es bedarf aller legitimen Mittel, selbstverständlich rechtsstaatlich abgesichert, um die wenigen unter den Hunderttausenden Flüchtlingen, die unsere Rechts- und Werteordnung, die auf dem christlichen Menschenbild aufgebaut ist, vorsätzlich verletzen, oder gar bewusst wie bei terroristischen Gewaltakten angreifen, zu identifizieren, dingfest zu machen und frühzeitig abzuschieben.

Defizite Ja, es gibt erhebliche Vollzugsdefizite auf nationaler und europäischer Ebene. Beispielsweise, wenn die nordrhein-westfälische Polizei den Berliner Terrorattentäter, nachdem er aus ihrem Einzugsbereich nach Berlin übergewechselt

ist, keine Anstalten unternimmt um eine Anschlussbeobachtung in die Wege zu leiten. Oder die Tatsache, dass derselbe in Italien vier Jahre in Haft war, ohne dass dies unseren Ermittlungsbehörden bekannt war. Oder noch krasser, dass der Berliner Innensenator Henkel (CDU), der immer gerne den Law-and-Order-Sheriff gab, ein längst überfälliges Verbot einer Salafisten-Moschee in Berlin-Moabit, in der auch der Attentäter verkehrte, wegen angeblichem Personalmangel nicht bearbeitet hat.

Verdacht Aber es bedarf auch einer rationalen scharfen Analyse, wo die gesetzlichen Defizite liegen, der sich gerade Linke, Sozialdemokraten und Grüne öffnen sollten, da sie nicht unter Verdacht stehen, politisch taktisch wie Seehofer und seine CSU zu agieren und schon gar nicht im Verdacht stehen, rechtes Gedankengut bedienen zu wollen wie die AfD. Und wenn es so ist, dass es mehr als 500 polizeibekannte Gefährder gibt, deren Ziel es ist, unsere Werteordnung zu bekämpfen, und da dies auch hinreichend belegbar ist, sind alle politisch Verantwortlichen – auch die Opposition – aufgerufen, vorhandene Lücken zu schließen und auch gesetzliche Instrumentarien zu entwickeln, um diese einfacher dingfest zu machen und einfacher und schneller abzuschieben. Das heißt zum einen, den Fahndungsapparat personell und in der Ausstattung zu stärken, und zum anderen Defizite im gesetzlichen Regelwerk rechtsstaatlich zu schließen und nicht dort zu lassen.

INFO Zu dieser Kolumne

Der ehemalige Grünen-Staatssekretär Rezzo Schlauch, 1947 in Gerabronn geboren, ist einer von fünf Gastkolumnisten, die im Wechsel alle 14 Tage zu aktuellen politischen Themen Stellung nehmen. Das politische Quintett besteht neben Schlauch aus Erhard Eppler (SPD), Erwin Teufel (CDU), Klaus Kinkel (FDP) und Ulrich Maurer (Linke).